

Staatskanzlei
Information

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
Telefax 032 627 21 26
kanzlei@sk.so.ch
www.so.ch

Medienmitteilung**Kanton Solothurn verlangt Planungssicherheit für Landwirtschaft**

Solothurn, 2. Februar 2016 – Mit der aktuellen Agrarpolitik erhalten die Landwirtschaftsbetriebe im Kanton Solothurn bereits jetzt deutlich weniger Direktzahlungen als früher. Für die Jahre 2018-2021 sieht der Bundesrat nun noch mehr Kürzungen im Landwirtschaftsbudget vor. Der Regierungsrat lehnt die vorgesehenen Kürzungen ab. Er ist der Ansicht, dass die Betriebe auf stabile Rahmenbedingungen angewiesen sind.

Mit dem „Bundesbeschluss über die finanziellen Mittel für die Landwirtschaft in den Jahren 2018-2021“ unterbreitet der Bundesrat dem Parlament den Zahlungsrahmen für die Ausgaben im Bereich Landwirtschaft für die Jahre 2018 bis 2021. Im Vergleich zum Rahmenkredit der Jahre 2014-2017 will der Bundesrat insgesamt 751 Mio. Franken weniger für die Landwirtschaft einsetzen.

Der Regierungsrat lehnt die vom Bundesrat geplanten Kürzungen ab. In seiner Antwort an das Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF begrüßt der Solothurner Regierungsrat er zwar, dass nach den grundlegenden Reformen mit der Agrarpolitik 2014-2017 keine weiteren Richtungsänderungen geplant sind. Er erwartet aber, dass die Landwirtschaft von Seite Bund auch finanziell mit stabilen Rahmenbedingungen und damit Planungssicherheit und Investitionsschutz rechnen kann.

Die Landwirtschaftsbetriebe im Kanton Solothurn mussten bereits mit der Agrarpolitik 2014-2017 Einbussen von rund 4 Mio. Franken pro Jahr hinnehmen. Dies als Folge der Verlagerung von Direktzahlungen ins Berggebiet,

Der Regierungsrat ist zudem der Ansicht, dass der Bund mit den Sparvorgaben ein falsches Signal gegenüber der jungen Generation von Betriebsleiterinnen und Betriebsleitern setzt. Wenn sich die wirtschaftlichen Perspektiven verschlechtern, wirkt sich das negativ auf die Anzahl junger Berufsleute und auf den Anbau von wichtigen landwirtschaftlichen Gütern aus.

Veränderungen bei den Direktzahlungen führen bei den Kantonen zu beträchtlichem Mehraufwand bei der Umsetzung. Nach den grossen Anpassungen mit der Agrarpolitik 2014-2017 fordert der Regierungsrat, den administrativen Aufwand einzudämmen. Führ ihn kommen zusätzliche Aufwendungen für die Kantone nicht in Frage.